

Protokolleintrag vom 22.09.2004

2004/512

Postulat von Franziska Graf Wüthrich (SP) und Dr. Thomas Kappeler (CVP) vom 22.9.2004: Strassenverkehrsabgaben (Road Pricing), Einführung im Raum Zürich

Von Franziska Graf Wüthrich (SP) und Dr. Thomas Kappeler (CVP) ist am 22.9.2004 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen über die Möglichkeiten der Einführung eines Road-Pricings im Raum Zürich. Der Bericht soll aufzeigen:

- Was das Road-Pricing zur Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastung (Luftschadstoff-, Lärm- und CO₂-Emissionen, Ozonspitzenwerte), zu einer effizienteren Nutzung des Strassenraums, zu einem höheren Verkehrsanteil des öffentlichen Verkehrs sowie zu einer verbesserten Erreichbarkeit der zentralen Lagen beitragen kann;
- Welche Ausgestaltungsvarianten hinsichtlich räumlichem Anwendungsbereich, Abgabenerhebung und Abgabehöhe in Frage kommen. Bei der Abgabehöhe sind Differenzierungen nach Fahrzeugkategorie, Tageszeit, Luftbelastungssituation, befahrender Zone usw. aufzuzeigen;
- Möglichkeiten der Einnahmenverwendung (zweckgebundene Verwendung für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und für umweltfreundliche Verkehrsarten, Rückverteilung an Bevölkerung und Wirtschaft);
- Möglichkeiten einer etappierten Einführung des Road-Pricings;
- Kosten für Einführung und Betrieb des Road-Pricings.

Begründung:

Das hohe Verkehrsaufkommen in unserer Stadt führt mit den dadurch verursachten Umweltbelastungen (Lärm, Luftschadstoffe) zu einer empfindlichen Beeinträchtigung der Lebensqualität. Gleichzeitig geht in Staus wertvolle Zeit verloren, die anderweitig produktiver eingesetzt werden könnte.

Diese Situation ruft nach einer steuernden Einflussnahme auf das Verkehrsgeschehen. Ein Instrument, das zunehmend Anwendung findet, ist das Road-Pricing. Es ist geeignet als Mittel zur Verminderung der Umweltbelastung und führt zu einer effizienten Nutzung des beschränkten Strassenraums. Ausserdem weist es den Vorteil auf, dass die Entscheidungsfreiheit bei der Verkehrsmittelwahl gewahrt bleibt. Eine

Rückverteilung des Abgabeaufkommens an Bevölkerung und Wirtschaft führt zu einer Belohnung umweltfreundlichen Verhaltens.